



HALLE ★ *Die Stadt*

Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **IV/2006/06002**
Datum: 21.09.2006
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser: Dietmar Wehrich

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	20.09.2006	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Beteiligung am geplanten Bundesprogramm "Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" ab dem Jahr 2007

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung trifft im Rahmen der bisher bekannten Rahmenbedingungen des Programms des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „**Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus**“ alle notwendigen Vorbereitungen, um die Beteiligung der Stadt Halle (Saale) am Bundesprogramm zu sichern.
2. Die Stadtverwaltung wird gemeinsam mit Trägern, Vereinen und Initiativen eine erste Koordinierung möglicher Mikroprojekte diskutieren bzw. vorbereiten, so dass es bei einer möglichen Ausschreibung des Programms sehr zeitnah zur Beantragung seitens der Stadtverwaltung kommen wird.

gez. Dietmar Wehrich
Stadtrat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Begründung:

Die Bundesregierung beabsichtigt, vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Zahl von rechtsextremen Straftaten und der nach wie vor in der Gesellschaft vorhandenen Fremdenfeindlichkeit die Fortführung der auslaufenden Bundesprogramme Civitas, Xenos und entimon. Ab dem Jahr 2007 soll die Arbeit gegen Rechtsextremismus dauerhaft mit 19 Mio. € jährlich über das Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ gefördert werden.

Inhaltliche Schwerpunkte des Programms liegen im präventiv-pädagogischen Bereich, wobei insbesondere die Förderung von lokalen Aktionsplänen in kommunaler Verantwortung angedacht ist und hervorgehobene modellhafte Maßnahmen unterstützt werden sollen. Nach gegenwärtigem Stand werden die Kommunen in diesem Programm für Fördermittel antragsberechtigt sein.

Um eine kontinuierliche Arbeit der zivilgesellschaftlichen Arbeit gegen Rechtsextremismus und für ein demokratisches Miteinander in der Stadt Halle (Saale) ab dem Jahr 2007 zu gewährleisten, sollten die Vorbereitungen auf die neuen Förderinstrumente bereits jetzt beginnen. Die Vorbereitung ist von zentraler Bedeutung, weil damit zu rechnen ist, dass der Zeitraum zwischen Veröffentlichung der Leitlinien des Programms und dem Antragsschluss aufgrund der eingetretenen Verzögerungen sehr kurz sein wird. Es sind also die Kommunen im Vorteil, die ihre Aktivitäten bereits frühzeitig konzipiert haben. Die Vorbereitung ist besonders im Hinblick auf die notwendige Kofinanzierung zu sichern. Zur Entwicklung des lokalen Aktionsplans kann gemäß der im Entwurf vorliegenden Konzeption des Bundesprogramms die Kofinanzierung über Personal- und Sachmittel abgedeckt werden, bei den Modellprojekten kann die Kofinanzierung über Programme der Länder bzw. durch den ESF erfolgen.